

Wahlrecht für den

Nur wenn die Europäer ihre Politiker abwählen dürfen, hat

GASTKOMMENTAR:
CHRISTOPH HOFINGER

Im Jahr 2008 waren die US-Amerikaner zutiefst unzufrieden mit der Entwicklung der Vereinigten Staaten. Irakkrieg, ein unfähiger, von einem zwielichtigen Vize gesteuerter Präsident, Vorboten der großen Krise. Viele langfristige Trends – etwa die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich – gingen in die falsche Richtung. Eigentlich ein Anlass, am Konstrukt „Vereinigte Staaten“ zu zweifeln und sich mit Grauen von der US-Politik abzuwenden.

Stattdessen stieg die Wahlbeteiligung, die Amerikaner schickten George W. Bush in Pension und gingen das Wagnis ein, einem relativ unerfahrenen Senator und dem ersten Afroamerikaner die Geschicke des Landes anzuvertrauen. Die „Greatest Nation on Earth“ war bereit, ein weiteres Kapitel in die Geschichtsbücher zu schreiben.

Dass dieser Neustart 2008 (wie schon zahlreiche Male zuvor) möglich war, hat einen simplen Grund: Die ihrer Zeit weit vorausdenkenden Gründerväter der Vereinigten Staaten hatten in der überaus cleveren Verfassung genau einen Wahlgang eingebaut, an dem die Wahlberechtigten aller US-Bundesstaaten teilnehmen.

Trotz des Umwegs über die „Wahlmänner“ haben alle Amerikaner das Gefühl, sie können gemeinsam einen Präsidenten (vielleicht auch bald erstmals eine Präsidentin) ins Weiße Haus bringen. Und, was noch viel

wichtiger ist: einen nicht genehmen wieder aus dem Oval Office verjagen.

Und die Europäer? Wir haben gleich zwei Probleme: Wir wissen erstens gar nicht genau, wer in der EU am meisten zu sagen hat. Kommissionspräsident Barroso? Ratspräsident Van Rompuy?

Selbst wenn klar wäre, welches Amt die EU wirklich lenkt: Wir haben zweitens keine klare Möglichkeit, eine Person in dieses Amt zu wählen oder sie dieses Amtes zu entheben.

Damit hat die gewachsene europäische Realverfassung ein gewaltiges Defizit: Sie berücksichtigt nicht das elementare Bedürfnis von Wählern, das Schicksal ihrer Nation einer Person anzuvertrauen – mit der Option, dieses Vertrauen auch wieder zurücknehmen zu können.

Egal, wie gebildet wir in Sachen Politik sind, wir können Politik in ihrer Komplexität nicht wirklich rational durchblicken.

Allein um die Vorhaben der EU etwa in Bezug auf Energiepolitik wirklich zu verstehen, geschweige denn die Auswirkungen dieser Vorhaben auf die Gesellschaft und uns persönlich, müssten wir uns wochenlang mit der Materie beschäftigen. Vermutlich mit dem Effekt, dass wir am Schluss auf hohem Niveau noch verwirrter sind als zuvor.

Emotionen sind Abkürzungen, die uns wiederkehrende Herausforderungen unseres Lebens bewältigen lassen. Auch in der Politik brauchen wir diese Abkürzungen, wegen der enormen Komplexität unserer Gesellschaften

Groll auf Europa

die Europäische Union eine Zukunft

vielleicht sogar mehr als woanders. Es ist eine ungemeine Entlastung, das Gefühl zu haben, einer bestimmten Person die Geschicke einer Gemeinschaft, deren Teil ich bin, anvertrauen zu können.

Das heißt nicht, dass wir die Ratio ausschalten sollen: Nachdenken, Argumentieren, Weiterbilden sind nach wie vor sehr brauchbare Grundlagen für politische Entscheidungen. Nur hat uns der wissenschaftliche Fortschritt der letzten Jahre klar gezeigt, dass letztendlich ohne Emotionen gar keine Entscheidungen möglich sind, egal, wie sehr wir unsere Vernunft bemühen.

Europas Bürgerinnen und Bürgern wird nicht nur verwehrt, ihre Hoffnungen in eine Person zu legen – sie kennen auch kein Gesicht, das sie für Enttäuschung, Unzufriedenheit und Ärger verantwortlich machen können. Sie können den tatsächlichen oder vermeintlichen Verursacher von Fehlentwicklungen nicht in die politische Wüste schicken.

Hier liegt das größte Problem der EU: Der Unmut des Souveräns kann nicht personalisiert werden, also trifft er das Konstrukt Europa als Ganzes. Die Bürger gehen nicht zu den EU-Wahlen, misstrauen den europäischen Institutionen und befürworten in erstaunlich hoher Zahl den Austritt ihres Landes.

Wer kann es ihnen verübeln, wenn es in Europa keine Übeltäter gibt, die für falsche Politik bestraft werden können, sondern nur ein großes, abstraktes Übel?

Das muss sich ändern, und es gibt einen ersten Anlass zur Hoffnung: Martin Schulz, Spitzenkandidat der Europäischen Sozialdemokratie, beansprucht im Falle einer Mehrheit seiner Allianz das Amt des Kommissionspräsidenten. Das Gleiche gilt für Jean-Claude Juncker, der im Falle eines Erfolgs der Europäischen Konservativen bei den EU-Wahlen die Nachfolge Barrosos für sich reklamieren wird (siehe dazu Seite 10).

Langfristig führt wohl kein Weg daran vorbei, allen Wahlberechtigten in Europa einen Stimmzettel vorzulegen, auf dem sie einen „Präsidenten von Europa“ wählen.

Franklin, Jefferson und Washington waren zwar rationalistische Aufklärer, aber sie kannten die Psychologie des Souveräns besser als die Gestalter des heutigen Europa. Sie haben mit dem US-Präsidenten ein Amt geschaffen, das eine in vielen Punkten gespaltene Nation eint.

Wenn der europäische Geist der Aufklärung im politischen Konstrukt EU weiterleben will, bleibt ihm nur eines: seinen Bürgern die Möglichkeit zu geben, durch ein Kreuz auf einem europäischen Stimmzettel Hoffnungsträger in ein Amt zu wählen und Enttäuschungen wieder aus diesem zu entfernen. **F**

Der Autor ist einer der Geschäftsführer des Wiener Sozialforschungsinstituts Sora

